neue kritik

SONDERBEILAGE

Vertraulich — internes Arbeitsmaterial des SDS — als Manuskript gedruckt — in keiner Form zur Veröffentlichung, Besprechung und dergleichen bestimmt!

Zu einer Untersuchung über das politische Bewußtsein in der Studentenschaft

Helga Gross / Peter Märthesheimer

Eine Gesellschaft, die ihre Jugend der politischen Indifferenz beschuldigt, verdächtigt sich zunächst einmal selbst: das demokratische Versprechen des einst progressiven Bürgertums nicht eingelöst zu haben. Demokratie vertrat ihrem Selbstverständnis nach den Anspruch auf politische Autonomie ihrer Mitglieder, wollte, indem sie den Untertan zum Staatsbürger machte, die Beziehungen der Menschen von Autorität und Zwang befreien, legte die einsichtige und selbstbewußte Gestaltung dieser Beziehungen in die Hände einer Gesamtheit, die als unter sich gleich vorausgesetzt wurde. Es erwies sich aber der notwendig fiktive Charakter einer Demokratie, die politische Gleichheit versprochen hatte, ohne daß die soziale auch nur annähernd verwirklicht war. Die bürgerliche Gesellschaft gab zwar jedem die Zusage, seine Interessen vertreten zu können, politisch wirksame Macht blieb jedoch das Vorrecht derer, die die ökonomische hatten, während die überwiegende Mehrzahl der Gesellschaft sich mit der bloßen Chance dazu begnügen mußte.

Dazu trägt bei nicht nur der Umstand, daß die Wahlentscheidung zum einen ideologisch, zum anderen durch jeweils gezielte, massive Wahlpropaganda im Sinne des Bestehenden gesteuert wird. Vielmehr ist für die warenproduzierende Gesellschaft ein spezifisches Konsumentenbewußtsein charakteristisch, das den Wähler sich für die einzelnen Parteien wie für Markenartikel entscheiden läßt. Unterm Aspekt der Ware wird Demokratie fixiert in arbeitsteiligen Institutionen, in denen sich politisch effektive Macht in immer größerer Distanz vom Wähler konzentriert. Während die Vorstellung von seiner politischen Verantwortlichkeit weiterhin aufrecht erhalten wird, erscheint ihm der Staat zunehmend als undurchsichtige Apparatur, als ein Gestrüpp von Organisationen, deren er sich wahlweise bedienen kann. Damit ist Demokratie hinter ihrem Anspruch zurückgeblieben, und die ständig beschworene staatsbürgerliche Aktivität muß sich erschöpfen in egoistischem Pragmatismus.

Auf den ersten Blick könnte es erscheinen, daß die besondere Stellung des Studenten ihm auch ein ebenso besonderes, jedenfalls von dem der Gesamtgesellschaft verschiedenes Bewußtsein verleiht.[1]) An objektiven Bedingungen dafür ließen sich zumindest nennen: seine Distanz zum Produktionsprozeß, die durch Erziehung und Bildung geforderte Pflicht zur Teilnahme am politischen Geschehen und ein höheres Informationsniveau. Im Unterschied zum Erwerbstätigen ist der Student relativ frei von Rücksichtnahmen auf die einmal erworbene Stellung, er kann, weitgehend ohne ökonomischen Druck befürchten zu müssen, sich Meinungen bilden und aussprechen, auch solche, die den offiziellen entgegenstehen. Die ihm von Schule und Hochschule vermittelte Bildung befähigt ihn, sich weitaus intensiver und einsichtiger um Politik zu kümmern, als dies der Gesamtbevölkerung oder der Gruppe seiner Altersgenossen möglich wäre, jedoch bedeutet die sachliche Qualifikation nicht notwendig eine in Tat umgesetzte: folgt doch der Impuls zu politischer Aktivität mehr aus dem schlechten Gewissen, das die bildungshumanistische Tradition hinterließ. Zwar entscheidet sich knapp die Hälfte der in ausführlichen Interviews befragten Studenten für politische Einflußnahme während des Studiums, auch ist ihre Bereitschaft zu Gesprächen über Politik wesentlich größer als die der Gesamtbevölkerung oder ihrer Altersgenossen: gegenüber 49% der Gesamtbevölkerung und 61% der übrigen Jugendlichen stehen nur 9% der Studenten, die sich nie über politische Fragen unterhalten.

Jedoch beweist diese Aktivität noch nichts für eine wirklich politische, speziell demokratische Einstellung. Es hat vielmehr den Anschein, als wolle man sich mit der Bereitschaft, Politik zu diskutieren, nur vom politischen Engagement freikaufen. Erziehung und höheres Informationsniveau bringen lediglich ein besseres „Apparatewissen" hervor, weniger aber fundierte Kenntnis und überlegene Beurteilung politischer Vorgänge und Tatsachen insgesamt. Hier ergibt der Vergleich zur Gesamtbevölkerung, daß Studenten

[1]) Wir beziehen uns im folgenden in Material und Darstellung weitgehend auf eine noch nicht veröffentlichte empirische Untersuchung, die vom Frankfurter Institut für Sozialforschung an einer repräsentativen Gruppe Frankfurter Studenten durchgeführt wurde. Einen Auszug davon referierte Dr. Jürgen Habermas auf dem XIV. Deutschen Soziologentag, abgedruckt in: „Gesellschaft, Staat, Erziehung", Heft 8/1959.

über aktuelle politische Ereignisse nicht sehr viel besser informiert sind. Ihr Vorsprung erweist sich letztlich als ein formaler: als besseres Bescheidwissen über die Spielregeln der Demokratie, nicht aber über ihren Inhalt und eine daraus etwa folgende kritische Verantwortlichkeit.

Gerade die Institution, die das demokratische Potential stärken sollte, der Sozialkundeunterricht, bleibt wirkungslos, hinterläßt nur unstrukturierte Informationen über das formale Gerippe der Demokratie, die, solchermaßen verdinglicht, als Wert an sich bejaht wird. Dem entspricht politische Aktivität als Selbstzweck: die Auffassung von Demokratie als eines parlamentarischen Rollenspiels spiegelt sich in der Tatsache, daß 80% der in der studentischen Selbstverwaltung besonders Aktiven vom Sozialkundeunterricht beeinflußt sind, dagegen nur 5% derer, die an solch „vorparlamentarischem" Handeln sich nicht interessiert zeigten. Damit soll nicht gesagt werden, daß der Sozialkundeunterricht von vornherein zu politischer Indifferenz verführt, nur bietet er tendenziell die Versuchung an, das Gelernte als fixe Formel im Bedarfsfall nur zu reproduzieren.

Ein ähnlich unpolitisches und zugleich unhistorisches Vorgehen zeigt sich in der Beziehung zur Geschichte, selbst der neueren. Geschichte wird aufgefaßt nicht als ein objektiver Prozeß, sondern als lose Abfolge von Einzeldaten, die sich letztlich als Katalog individueller Großtaten darstellt. „Die Entpolitisierung politischer Ereignisse zeigt sich dann in spezieller Gestalt am Beispiel des 20. Juli 1944. In den Beurteilungen dieses Staatsstreiches tritt an Stelle eines politischen Für und Wider die abstrakte Erörterung von Pflichtbegriffen: die politische Fragestellung wird auf die ‚moralische Ebene' verschoben und unversehens in eine der ‚rein menschlichen' Gewissensentscheidung verwandelt."[2])

In scheinbarem Widerspruch zu solcher Innerlichkeit erscheint auch bei den Studenten der schon für die Gesellschaft konstatierte Pragmatismus, wenn es um Fragen geht, die sie in ihren Interessen unmittelbar berühren. Dieser Pragmatismus ist bereit, sich mit den Verhältnissen abzufinden, sofern nur der eigene Vorteil dabei gesichert ist. Die Vermutung liegt nahe, daß ein solches Bewußtsein auch einer anderen als der demokratischen Staatsform seine Zustimmung nicht versagen würde, hat es doch den Protest von vornherein schon ausgeklammert. Stellt man diese Haltung in Rechnung, so erscheint es fraglich, ob das demokratische Potential der Studenten tatsächlich so beschaffen ist, daß es ein kritisches und zugleich verbindliches Verhältnis zur Demokratie gewährleisten würde.

Um das politische Potential der Studierenden zuverlässig bestimmen zu können, reichen so formale Kriterien wie politische Aktivität und Information sowie Parteipräferenz nicht aus. Vielmehr mußte erfragt werden, welche „Bereitschaft zu politischem Engagement" sich bei den Befragten findet; dieser Komplex von objektiven Bedingungen und subjektiven Meinungen und Erwartungen wurde als „politischer Habitus" bezeichnet. Weiter war zu klären die „Einstellung zum demokratischen System als solchem", zusammengefaßt in der „politischen Tendenz". Schließlich blieb zu untersuchen, ob die Vorstellungen über Politik und Gesellschaft in tiefer liegenden weltanschaulichen Motiven fundiert sind und wie diese „Gesellschaftsbilder" beschaffen sind.

Die Bereitschaft zu politischem Engagement konnte in nachstehenden Habitus-Typen charakterisiert werden, auf die sich die repräsentative Auswahl der Frankfurter Studenten prozentual wie folgt verteilt:

13% Unpolitische
11% Irrational Distanzierte
19% Rational Distanzierte
19% Naive Staatsbürger
29% Reflektierte Staatsbürger
9% Engagierte

Für die Unpolitischen sind Politik und Privatsphäre strikt getrennt, und dem Rückzug in den persönlichen Bereich entspricht eine Abwertung des politischen Geschehens überhaupt. Anpassung an die Äußerlichkeiten vermag in einer so als dichotomisch vorgestellten Gesellschaft die Realisierung der „inneren Freiheit", auf die allein es ankomme, noch am ehesten zu gewährleisten. Während für diesen Typ das Verhältnis zur Politik durch Apathie gekennzeichnet ist, resultiert der Mangel an Handlungsbereitschaft bei den Irrational Distanzierten aus direkter Antipathie gegenüber der Sphäre der politischen Öffentlichkeit. Im Gegensatz zu den Unpolitischen ist ihnen, oft aus eigener Erfahrung, bewußt, wie sehr das Einzelschicksal mit dem gesamtgesellschaftlichen Prozeß verflochten ist und durch diesen bestimmt wird. Der als unentrinnbar empfundene Zwangszusammenhang bewirkt Resignation und Mißtrauen gegenüber dem öffentlichen Bereich, aus dem man sich in den persönlichsten Lebensumkreis zurückzieht. Den rational Distanzierten dagegen erscheint Politik nicht so sehr als eine übermächtige, oft mit dämonischen Zügen ausgestattete fremde Instanz, vielmehr rückt sie in der arbeitsteiligen Gesellschaft als ein Funktionsbereich neben vielen anderen an den Rand, wo sie dem Spezialisten überlassen bleibt. Dem Gefühl der eigenen Inkompetenz gegenüber einer auf das „Schema wissenschaftlicher Betriebsführung" reduzierten Demokratie entspricht eine auf Neutralität bedachte Haltung, die vor eigener verbindlicher Beteiligung zurückscheut, sich „politische Aktivität nur als professionelle vorstellen kann", und sich damit widerstandslos unter die Obhut des Wohlfahrtsstaats begibt.

[2]) J. Habermas, a. a. O. S. 349

Demgegenüber fühlen sich die naiven wie die reflektierten Staatsbürger von vornherein am politischen Leben beteiligt und sehen die Vermittlung zwischen privatem und öffentlichem Bereich. Während aber der naive Typ, orientiert am klassischen liberalen Modell der Demokratie, dieses unbesehen auf die heutige, veränderte Situation überträgt und damit in Ideologie befangen bleibt, durchschauen die reflektierten Staatsbürger in realistischem Interesse, daß mit dem Bestehen demokratischer Instutionen noch nicht deren demokratisches Funktionieren vorausgesetzt werden kann. Für die naiven Staatsbürger ist Demokratie Angelegenheit „großer Persönlichkeiten", die leicht patriarchalische Züge annehmen, der reflektierte Staatsbürger dagegen weiß, wie man sich der Politik bedienen kann, um die eigenen Interessen durchzusetzen.

Jedoch erst die Gruppe der politisch Engagierten, die sich aufspaltet in „Politisierte" einerseits, „weltanschaulich Engagierte" andererseits, vermag dem, was die Kategorie der politischen Beteiligung eigentlich meint, gerecht zu werden. Beiden Untergruppen gemeinsam ist die kritische Distanz zur Politik, aus deren Zusammenhang mit der privaten Existenz die Notwendigkeit eigener politischer Aktivität konsequent abgeleitet wird. Politik erschöpft sich nicht, wie bei den naiven und reflektierten Staatsbürgern, in einer „staatsmännischen Ordnung" oder rationalen Verwaltungsregeln, die beliebig übertragbar sind, sondern hat in immer wieder andersgearteten Situationen Lösungen zu suchen, von denen jeweils das Leben des Einzelnen unmittelbar betroffen wird. Aus der Einsicht, daß politisches Handeln die Möglichkeit der Selbstbestimmung des Menschen einschließt, folgt die stets neu zu stellende Forderung, Demokratie nicht nur formal, sondern substantiell zu verwirklichen, selbst wenn die Chancen dafür minimal sind. Auf diesem Grund stehen die „Politisierten" gleichsam als die Realistischeren, Pragmatischeren: sie erkennen, daß für den Durchschnittsbürger politische Beteiligung nur innerhalb einer Partei sich Aussicht auf Erfolg ausrechnen kann. Dies zumeist opportunistische Interesse geht dagegen den „weltanschaulich Engagierten" ganz ab: ihre Beteiligung ist zurückhaltender, nicht primär politisch orientiert, fließt vielmehr aus einer weltanschaulich fundierten Pflicht zu politischer Aktivität, auf die auch im Krisenfall zuverlässig gezählt werden kann.

Die Aufeinanderfolge der Habitus-Typen in der geschilderten Form bezeichnet gewissermaßen eine Zunahme in der Zuverlässigkeit des politischen Potentials: es ist zu vermuten, daß die Engagierten in entscheidenden Situationen, wie etwa 1933, als demokratische Initiativgruppe auftreten werden, unterstützt wahrscheinlich von den reflektierten Staatsbürgern, während sich aus den Gruppen der naiven Staatsbürger und der rational Distanzierten die „Mitläufer" rekrutieren würden, die einem demokratischen Vorgehen sich zumindest nicht offen entgegenstellten.

Jedoch sagt der politische Habitus für sich genommen noch nichts über ein demokratisches Verhalten aus. Erst in Verbindung mit konkreten inhaltlichen Stellungnahmen zu politischen Fragen kann ersichtlich werden, inwiefern das politische Potential der einzelnen Typen auch ein demokratisches ist. Dies versuchte die Frage nach der politischen Tendenz zu ermitteln.

Solange man von formalen Gesichtspunkten, etwa gleichem Wahlrecht, der parlamentarischen Repräsentation des Volkswillens durch Parteien oder dem Begriff von Demokratie als einer sogenannten „freiheitlichen Lebensordnung" ausgeht, also gleichsam nur die Oberfläche demokratischen Gebarens berührt, bekundet die überwiegende Mehrzahl der Befragten ihr Einverständnis. So stimmen zwei Drittel von ihnen ohne Vorbehalt für gleiches Wahlrecht, während nur 4% dasselbe rundweg ablehnen. Ein noch größerer Teil, nämlich vier Fünftel, entscheidet sich für die Vertretung des Volkes durch Parteien, und zwar durch mehrere. Ebenso wird von zwei Dritteln die „westliche Freiheit" als hergestellt bejaht, nur ein knappes Fünftel übt Kritik an diesem Begriff, den sie in der Realität nur ungenügend verwirklicht sieht.

Jedoch ist dieses Einverständnis mit demokratischen Institutionen rasch als nur formal zu entlarven, wenn z. B. die Bejahung des gleichen Wahlrechts verbunden wird mit der Forderung nach einer „straffen Führungselite" in einer „Massendemokratie". Die Unvereinbarkeit dieser inhaltlich auseinanderweisenden Momente wird nicht begriffen, wie auch die Bestimmung der wesentlichen inhaltlichen Unterschiede zwischen einer demokratischen und etwa einer totalitären Gesellschaftsordnung mit ihren Konsequenzen für das Leben des einzelnen kaum gelingt.

Die Einstellung zum demokratischen System konnte schließlich nach folgenden Gruppen differenziert werden:

30% Genuine Demokraten
39% Formale Demokraten
22% Autoritäre
9% Indifferente.

Für die als „Genuine Demokraten" bezeichnete Gruppe ist durchweg ein Bewußtsein charakteristisch, das auf eine faktischen Herstellung der Demokratie abzielt und zwar „von unten her", also auf einer breiten Basis politisch gleichberechtigter Wähler, die durch bessere Information und Erziehung zu kritischem Verständnis und politischer Verantwortlichkeit zu bringen wären. Mit dem Bestreben, Demokratie durch Aufklärung voranzutreiben, verbindet sich die Ablehnung jeglicher autoritären Staatsform sowie Mißtrauen gegen elitäre Konzeptionen. In der Ansicht, wie Demokratie zu „realisieren" sei, differenziert sich die Gruppe jedoch: ein geringfügiger Prozentsatz bemüht sich um die Verwirklichung der materiellen Gleichheit, jedoch im Sinne

moralischer Gerechtigkeit, nicht etwa einer sozialistischen Theorie. Ein bereits größerer Teil bringt die altliberale Konzeption ins Spiel; am häufigsten treten aber Vorstellungen auf, denen sich Demokratie darstellt als möglichst reibungslos ablaufende Apparatur, die die Interessen der Gesellschaft koordiniert, Methode eher denn gesellschaftlicher Prozeß. Für die Vertreter dieses Typs – als „check and balance-Demokraten" bezeichnet, ist Demokratie ein auszubalancierendes Kräfteverhältnis, das in wechselnden Situationen im Gleichgewicht zu halten ist.

Von der Gruppe der „check and balance-Demokraten" ist der Schritt zu den formalen Demokraten nicht mehr sehr groß. Diese verweigern den demokratischen Institutionen durchaus nicht ihre Zustimmung, jedoch eher in Form konformistischer Bestätigung eines sowieso etablierten Zustandes denn aus Einsicht. Der Ausgangspunkt politischer Willensbildung liegt nicht mehr ohne weiteres beim Volk, sondern rückt nach „oben"; auch die Ablehnung autoritärer Strömungen verliert an Glaubwürdigkeit angesichts des gelegentlich geäußerten Wunsches nach einer „strafferen Demokratie". Die Bejahung der Demokratie in der Bundesrepublik beispielsweise motiviert sich oft aus der möglichen Teilnahme am Wirtschaftswunder, bleibt am egoistischen Selbstinteresse orientiert. Demokratie wie Politik erscheinen als Veranstaltungen für Eingeweihte, von denen sich der Durchschnittsbürger zurückhält, weil er sich inkompetent fühlt. Nicht zuletzt findet sich eine Mentalität, die sich zwar äußerlich zur Demokratie bekennt, jedoch latent bereits autoritäre Züge erkennen läßt. Befragte dieses Typs sind von der Notwendigkeit einer Führungselite angesichts der ‚unmündigen Masse" überzeugt.

Damit ist schon der Übergang zu der dritten Gruppe, den „Autoritären" gegeben, die zu totalitären Staatsformen tendiert. Innerhalb der Gruppe sind verschiedene Schattierungen autoritären Verhaltens feststellbar: einmal modifiziert als Befürwortung eines „konservativ-obrigkeitlichen Systems", ähnlich dem von Salazar geschaffenen, das die Privatsphäre unangetastet läßt. Zum anderen tritt es auf mit dem gewissermaßen verinnerlichten, resignativen und moralisch getönten Anspruch, den Forderungen des „Geistes" in einer in „Vermassung" befindlichen Gesellschaft zu ihrem Recht zu verhelfen, wofür die Demokratie keine Garantie biete; eine solche Konzeption schwebt zumindest in der Gefahr, im Vollzug einer zunächst nur geistig gemeinten Abgrenzung gegenüber dem „Pöbel" in die Bejahung einer Diktatur umzuschlagen, die diese Trennung rigoros und mit politischen Konsequenzen vorantreibt. Schließlich findet sich noch eine relativ kleine Gruppe, die offen zu totalitären, faschistisch gefärbten Staatsformen tendiert.

Die letzte Gruppe, die der sogenannten „Indifferenten", verhält sich zur politischen Sphäre insgesamt beziehungslos.

Da politischer Habitus und Einstellung zur Demokratie erst zusammengenommen etwas über das politische Potential aussagen, wurde eine Korrelation zwischen beiden hergestellt, deren Ergebnisse sich wie folgt zusammenfassen lassen: am häufigsten politisch engagiert und damit wahrscheinlich am meisten zu entsprechender demokratischer Aktivität bereit sind die genuinen Demokraten. Die formalen Demokraten weisen weitgehend den Habitus des rational Distanzierten oder des naiven Staatsbürgers auf. Damit stehen sie zumindest tendenziell den genuinen Demokraten nahe. Der autoritäre Typ gehört seinem Habitus nach am ehesten zu den irrational Distanzierten und bleibt damit vorerst politisch unwirksam.

Hieraus wäre zu schließen, daß das politische Potential der Studenten in seiner Mehrheit ein demokratisches ist. Eine Überprüfung der Interviews auf die sich in ihnen abzeichnenden Gesellschaftsbilder legt jedoch die Vermutung nahe, daß die Einstellung zur Demokratie nicht unbedingt so verbindlich ist, daß sie sich auch bei deren Gefährdung in genügendem Maße bewähren würde.

Schon im Zusammenhang mit der politischen Bildung wurde auf den überwiegenden Anteil bildungshumanistischer Momente im Bewußtsein der Studenten hingewiesen. Nun kann aber von einem durchgehenden Bewußtsein etwa keinesfalls die Rede sein, vielmehr kehren bildungshumanistische Motive in den verschiedensten Variationen wieder, zumeist nur bruchstückhaft und verwässert. Die Gründe für das Fehlen einer übergreifenden Ideologie sind mannigfaltig und nicht nur Analogie zum allgemeinen Ideologiezerfall. Zwar bezog die Studentenschaft starke Impulse aus der Ideologie des Bürgertums, zumal eben die bildungshumanistischen, aber das reichte nicht, das Vakuum zu füllen, das durch das Fehlen einer eigenen Tradition entstanden war. Seit den zweifellos progressiven nationalen Ideen, die die Studenten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einte, gelang es nicht mehr, eine für alle gleichermaßen verbindliche Perspektive herzustellen.

Die objektiven Hemmnisse, die der Entwicklung eines Gesellschaftsbildes beim Studenten entgegenstehen, sind mannigfaltig. Ihm fehlt nicht nur eine verpflichtende Tradition, sondern auch das Bewußtsein einer Schichtzugehörigkeit, die sich auf mehr bezieht als Äußerliches. Mit dem Bürgertum teilt er die Unsicherheit der Existenz und die Ohnmacht des Vereinzelten gegenüber der Undurchsichtigkeit der Verhältnisse, nicht zuletzt bestimmt durch den Konflikt zwischen seinen nicht eingestandenen, nichtsdestoweniger notwendigen besonderen Interessen und der vage vorgeschützten Verpflichtung, sie mit dem allgemeinen zur Deckung zu bringen. Der einigenden Empfindung der gemeinsamen Durchgangssituation steht als auseinandertreibendes Moment gegenüber, daß diese für viele Aufstieg bedeutet, gesellschaftlichen Aufstieg von einer niederen in eine höhere Schicht; die daraus resultierende Rollenunsicherheit schlägt sich nieder nicht nur in der verstärkten Unmöglichkeit, den eigenen Standort auszumachen, sondern ebenso in einer, übrigens nicht nur für diese Gruppe geltenden, Ungewissheit über die nur hoffend festzustellende Zukunft.

An diesem sich selbst unklaren Bewußtsein nun setzen die Reste bildungshumanistischer Tradition an; nach der Frankfurter Untersuchung sind sie, in der einen oder anderen, wie auch immer verkümmerten Form, bei 52% der Studenten anzutreffen. Diese etwas mehr als die Hälfte umfassende Gruppe wiederum verteilt sich auf vier verschiedene Modelle: das der „geistigen Elite" (23%), das der „sozialen Gleichheit" (14%), das der „inneren Werte" (10%) und das des „absteigenden akademischen Mittelstands" (5%).

Das letztere ist relativ unbedeutsam und enthält den sattsam bekannten Protest gegen den traditionslosen Reichtum, verbunden mit einem Bild des „Akademikers", der nach dem Muster des Feudaladels eine Art ständischen Verhaltens, den Lebensstil einer imaginären „Persönlichkeit" an den Tag legen, „den Geist gegenüber dem Geld, die Kultur gegenüber den Fernsehempfängern, Goethes Bildungsreise nach Italien gegenüber den Massentouristen vertreten" soll.[3])

Die nächstgrößere Gruppe kehrt solche Gegensätze gleichsam nach innen. In diesem „Gesellschaftsbild der inneren Werte" tritt der Protest den Rückzug ins Individuum an, es wird scharf geschieden zwischen einem innerlichen und einem bloß äußerlichen Bereich, in der die scheinbar unwesentlichen Unterschiede von Eigentum oder gesellschaftlicher Macht verbannt werden; soziologische Differenzen werden reduziert auf psychologische. Der Geist, der so als sittlicher Wert gegen den „Materialismus" ausgespielt wird, entledigt sich damit gleichzeitig jeder tätigen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft; wenn Kultur und Zivilisation derart radikal getrennt werden, bleibt als Aufgabe des „Idealakademikers", der nicht nur als der vollkommenste gemeint ist, sondern gleichermaßen als der Inhaber idealer Werte, im besten Fall noch, „die Wirtschaft zu durchgeistigen". Wie die abschätzige Beurteilung des Managers durch diese Gruppe jedoch zeigt, ist auch diese Möglichkeit, die Wirklichkeit gleichsam mit dem Sauerteig des Geistes zu durchsetzen, nur schwer zu realisieren und die Kapitulation vor der Tatkraft der Ellenbogen von vornherein mitgesetzt.

Ein durchaus ähnlicher Mechanismus ist im Bewußtsein derer am Werk, die sich dem „Modell der sozialen Gleichheit" zuordnen lassen. Ihnen werden gesellschaftliche Unterschiede nicht nur zu äußerlichen, vielmehr zu solchen, die sich letztlich auf die Einbildung derer zurückführen lassen, die unter ihnen leben. Dabei zeigt sich, daß diese Unterschiede und das Ärgernis, das sie produzieren, wohl gesehen werden, aber da die Menschen „an sich gleich" sind, handelt es sich nur um solche, die qua „Standesdünkel" von oben oder umgekehrt qua „Minderwertigkeitskomplex" von unten künstlich aufrechterhalten werden. Gesellschaftliche Gegensätze werden so zum bloßen Produkt eines falschen Bewußtseins; das hindert nicht, daß die Gesellschaft aufgefordert wird, den Menschen zu dem zu machen, was er „an sich" schon ist: zum freien, politisch gleichberechtigten Individuum. Wenn sich hier allerdings der erreichte Zustand oft mit dem erst herzustellenden mischt, so zeigt sich, daß diese quasi-subjektivistische Auffassung von Gesellschaft trotz des stark humanitären Impulses eigentlich folgenlos bleiben muß, zumindest ein apologetisches Moment in sich trägt. Dazu stimmt in gewissem Sinn die Rolle, die dem Akademiker zugeschrieben wird. Er ist zwar durchaus im Sinn der sozialen Gleichheit zu verstehen, wird aber gleichzeitig kraft besonderer Ausbildung und der daraus resultierenden besseren Einsicht in die Verhältnisse in der Rolle des Wahrers der „Lebensgüter" begriffen, d. h. als Mitglied einer Art gesellschaftlicher Avantgarde, allerdings ohne eine sich von hier aus etwa ergebende soziale Besserstellung in Anspruch zu nehmen.

Strikte Führerposition des Akademikers wird verlangt im zahlenmäßig am stärksten vertretenen Gesellschaftsbild der „geistigen Elite". Bildungshumanistischer Bodensatz scheint hier durch, wenn der Akademiker als durch Geist und Charakter ausgezeichnet ohne weiteres zur Elite wird. „Der akademische Manager dieses Typs übersetzt gleichsam den Bildungshumanismus ins Ressort des Technikers der Macht, behält vom einen das gute Gewissen und schreibt sich vom anderen den klaren Blick fürs ‚Realpolitische' zu".[4])

Hier zieht sich nicht die Elite vornehm vom Betrieb zurück, im Gegenteil, es ist nur folgerichtig, wenn sie ihre Rechte wahrnimmt, sich an die Spitze der Gesellschaft stellt und Demokratie auf recht autoritäre Weise praktiziert. Dies um so legitimer, als auf der anderen Seite eine ungebildete Masse steht, die Führung direkt zur Notwendigkeit macht. Eine Reflexion über die gesellschaftliche Spaltung in Führer und Geführte erübrigt sich für diesen Typ, scheint sie ihm doch als eine naturgegebene, wenn nicht sogar naturnotwendige Tatsache. Hinzu kommt ein schwacher Abglanz der bürgerlichen Ideologie, daß nämlich auch eigene Leistung mit im Spiel sei. Etwa doch auftretender Protest der „unten" Stehenden wird abgetan mit dem Hinweis auf den schon vom Modell der sozialen Gleichheit her bekannten „Minderwertigkeitskomplex" der Massen, wirkt also eigentlich nur ruhestörend in der hergestellten Ordnung. Der Schluß liegt nahe, daß eine so fraglos bejahte Ordnung von dieser Gruppe am uneingeschränktesten verteidigt werden würde, sollte sie je in Gefahr kommen, ihre als legitim angemaßte Herrschaft zu verlieren.

Alle diese Typen haben ein wie immer auch bildungshumanistisch geprägtes Gesellschaftsbild. Im Unterschied hierzu

[3]) a. a. O. S. 351
[4]) a. a. O. S. 352

moralischer Gerechtigkeit, nicht etwa einer sozialistischen Theorie. Ein bereits größerer Teil bringt die altliberale Konzeption ins Spiel; am häufigsten treten aber Vorstellungen auf, denen sich Demokratie darstellt als möglichst reibungslos ablaufende Apparatur, die die Interessen der Gesellschaft koordiniert, Methode eher denn gesellschaftlicher Prozeß. Für die Vertreter dieses Typs – als „check and balance-Demokraten" bezeichnet, ist Demokratie ein auszubalancierendes Kräfteverhältnis, das in wechselnden Situationen im Gleichgewicht zu halten ist.

Von der Gruppe der „check and balance-Demokraten" ist der Schritt zu den formalen Demokraten nicht mehr sehr groß. Diese verweigern den demokratischen Institutionen durchaus nicht ihre Zustimmung, jedoch eher in Form konformistischer Bestätigung eines sowieso etablierten Zustandes denn aus Einsicht. Der Ausgangspunkt politischer Willensbildung liegt nicht mehr ohne weiteres beim Volk, sondern rückt nach „oben"; auch die Ablehnung autoritärer Strömungen verliert an Glaubwürdigkeit angesichts des gelegentlich geäußerten Wunsches nach einer „straffe-ren Demokratie". Die Bejahung der Demokratie in der Bundesrepublik beispielsweise motiviert sich oft aus der möglichen Teilnahme am Wirtschaftswunder, bleibt am egoistischen Selbstinteresse orientiert. Demokratie wie Politik erscheinen als Veranstaltungen für Eingeweihte, von denen sich der Durchschnittsbürger zurückhält, weil er sich inkompetent fühlt. Nicht zuletzt findet sich eine Mentalität, die sich zwar äußerlich zur Demokratie bekennt, jedoch latent bereits autoritäre Züge erkennen läßt. Befragte dieses Typs sind von der Notwendigkeit einer Führungselite angesichts der ‚unmündigen Masse" überzeugt.

Damit ist schon der Übergang zu der dritten Gruppe, den „Autoritären" gegeben, die zu totalitären Staatsformen tendiert. Innerhalb der Gruppe sind verschiedene Schattierungen autoritären Verhaltens feststellbar: einmal modifiziert als Befürwortung eines „konservativ-obrigkeitlichen Systems", ähnlich dem von Salazar geschaffenen, das die Privatsphäre unangetastet läßt. Zum anderen tritt es auf mit dem gewissermaßen verinnerlichten, resignativen und moralisch getönten Anspruch, den Forderungen des „Geistes" in einer in „Vermassung" befindlichen Gesellschaft zu ihrem Recht zu verhelfen, wofür die Demokratie keine Garantie biete; eine solche Konzeption schwebt zumindest in der Gefahr, im Vollzug einer zunächst nur geistig gemeinten Abgrenzung gegenüber dem „Pöbel" in die Bejahung einer Diktatur umzuschlagen, die diese Trennung rigoros und mit politischen Konsequenzen vorantreibt. Schließlich findet sich noch eine relativ kleine Gruppe, die offen zu totalitären, faschistisch gefärbten Staatsformen tendiert.

Die letzte Gruppe, die der sogenannten „Indifferenten", verhält sich zur politischen Sphäre insgesamt beziehungslos.

Da politischer Habitus und Einstellung zur Demokratie erst zusammengenommen etwas über das politische Potential aussagen, wurde eine Korrelation zwischen beiden hergestellt, deren Ergebnisse sich wie folgt zusammenfassen lassen: am häufigsten politisch engagiert und damit wahrscheinlich am meisten zu entsprechender demokratischer Aktivität bereit sind die genuinen Demokraten. Die formalen Demokraten weisen weitgehend den Habitus des rational Distanzierten oder des naiven Staatsbürgers auf. Damit stehen sie zumindest tendenziell den genuinen Demokraten nahe. Der autoritäre Typ gehört seinem Habitus nach am ehesten zu den irrational Distanzierten und bleibt damit vorerst politisch unwirksam.

Hieraus wäre zu schließen, daß das politische Potential der Studenten in seiner Mehrheit ein demokratisches ist. Eine Überprüfung der Interviews auf die sich in ihnen abzeichnenden Gesellschaftsbilder legt jedoch die Vermutung nahe, daß die Einstellung zur Demokratie nicht unbedingt so verbindlich ist, daß sie sich auch bei deren Gefährdung in genügendem Maße bewähren würde.

Schon im Zusammenhang mit der politischen Bildung wurde auf den überwiegenden Anteil bildungshumanistischer Momente im Bewußtsein der Studenten hingewiesen. Nun kann aber von einem durchgehenden Bewußtsein etwa keinesfalls die Rede sein, vielmehr kehren bildungshumanistische Motive in den verschiedensten Variationen wieder, zumeist nur bruchstückhaft und verwässert. Die Gründe für das Fehlen einer übergreifenden Ideologie sind mannigfaltig und nicht nur Analogie zum allgemeinen Ideologiezerfall. Zwar bezog die Studentenschaft starke Impulse aus der Ideologie des Bürgertums, zumal eben die bildungshumanistischen, aber das reichte nicht, das Vakuum zu füllen, das durch das Fehlen einer eigenen Tradition entstanden war. Seit den zweifellos progressiven nationalen Ideen, die die Studenten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einte, gelang es nicht mehr, eine für alle gleichermaßen verbindliche Perspektive herzustellen.

Die objektiven Hemmnisse, die der Entwicklung eines Gesellschaftsbildes beim Studenten entgegenstehen, sind mannigfaltig. Ihm fehlt nicht nur eine verpflichtende Tradition, sondern auch das Bewußtsein einer Schichtzugehörigkeit, die sich auf mehr bezieht als Äußerliches. Mit dem Bürgertum teilt er die Unsicherheit der Existenz und die Ohnmacht des Vereinzelten gegenüber der Undurchsichtigkeit der Verhältnisse, nicht zuletzt bestimmt durch den Konflikt zwischen seinen nicht eingestandenen, nichtsdestoweniger notwendigen besonderen Interessen und der vage vorgeschützten Verpflichtung, sie mit dem allgemeinen zur Deckung zu bringen. Der einigenden Empfindung der gemeinsamen Durchgangssituation steht als auseinandertreibendes Moment gegenüber, daß diese für viele Aufstieg bedeutet, gesellschaftlichen Aufstieg von einer niederen in eine höhere Schicht; die daraus resultierende Rollenunsicherheit schlägt sich nieder nicht nur in der verstärkten Unmöglichkeit, den eigenen Standort auszumachen, sondern ebenso in einer, übrigens nicht nur für diese Gruppe geltenden, Ungewissheit über die nur hoffend festzustellende Zukunft.

An diesem sich selbst unklaren Bewußtsein nun setzen die Reste bildungshumanistischer Tradition an; nach der Frankfurter Untersuchung sind sie, in der einen oder anderen, wie auch immer verkümmerten Form, bei 52% der Studenten anzutreffen. Diese etwas mehr als die Hälfte umfassende Gruppe wiederum verteilt sich auf vier verschiedene Modelle: das der „geistigen Elite" (23%), das der „sozialen Gleichheit" (14%), das der „inneren Werte" (10%) und das des „absteigenden akademischen Mittelstands" (5%).

Das letztere ist relativ unbedeutsam und enthält den sattsam bekannten Protest gegen den traditionslosen Reichtum, verbunden mit einem Bild des „Akademikers", der nach dem Muster des Feudaladels eine Art ständischen Verhaltens, den Lebensstil einer imaginären „Persönlichkeit" an den Tag legen, „den Geist gegenüber dem Geld, die Kultur gegenüber den Fernsehempfängern, Goethes Bildungsreise nach Italien gegenüber den Massentouristen vertreten" soll.[3])

Die nächstgrößere Gruppe kehrt solche Gegensätze gleichsam nach innen. In diesem „Gesellschaftsbild der inneren Werte" tritt der Protest den Rückzug ins Individuum an, es wird scharf geschieden zwischen einem innerlichen und einem bloß äußerlichen Bereich, in der die scheinbar unwesentlichen Unterschiede von Eigentum oder gesellschaftlicher Macht verbannt werden; soziologische Differenzen werden reduziert auf psychologische. Der Geist, der so als sittlicher Wert gegen den „Materialismus" ausgespielt wird, entledigt sich damit gleichzeitig jeder tätigen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft; wenn Kultur und Zivilisation derart radikal getrennt werden, bleibt als Aufgabe des „Idealakademikers", der nicht nur als der vollkommenste gemeint ist, sondern gleichermaßen als der Inhaber idealer Werte, im besten Fall noch, „die Wirtschaft zu durchgeistigen". Wie die abschätzige Beurteilung des Managers durch diese Gruppe jedoch zeigt, ist auch diese Möglichkeit, die Wirklichkeit gleichsam mit dem Sauerteig des Geistes zu durchsetzen, nur schwer zu realisieren und die Kapitulation vor der Tatkraft der Ellenbogen von vornherein mitgesetzt.

Ein durchaus ähnlicher Mechanismus ist im Bewußtsein derer am Werk, die sich dem „Modell der sozialen Gleichheit" zuordnen lassen. Ihnen werden gesellschaftliche Unterschiede nicht nur zu äußerlichen, vielmehr zu solchen, die sich letztlich auf die Einbildung derer zurückführen lassen, die unter ihnen leben. Dabei zeigt sich, daß diese Unterschiede und das Ärgernis, das sie produzieren, wohl gesehen werden, aber da die Menschen „an sich gleich" sind, handelt es sich nur um solche, die qua „Standesdünkel" von oben oder umgekehrt qua „Minderwertigkeitskomplex" von unten künstlich aufrechterhalten werden. Gesellschaftliche Gegensätze werden so zum bloßen Produkt eines falschen Bewußtseins; das hindert nicht, daß die Gesellschaft aufgefordert wird, den Menschen zu dem zu machen, was er „an sich" schon ist: zum freien, politisch gleichberechtigten Individuum. Wenn sich hier allerdings der erreichte Zustand oft mit dem erst herzustellenden mischt, so zeigt sich, daß diese quasi-subjektivistische Auffassung von Gesellschaft trotz des stark humanitären Impulses eigentlich folgenlos bleiben muß, zumindest ein apologetisches Moment in sich trägt. Dazu stimmt in gewissem Sinn die Rolle, die dem Akademiker zugeschrieben wird. Er ist zwar durchaus im Sinn der sozialen Gleichheit zu verstehen, wird aber gleichzeitig kraft besonderer Ausbildung und der daraus resultierenden besseren Einsicht in die Verhältnisse in der Rolle des Wahrers der „Lebensgüter" begriffen, d. h. als Mitglied einer Art gesellschaftlicher Avantgarde, allerdings ohne eine sich von hier aus etwa ergebende soziale Besserstellung in Anspruch zu nehmen.

Strikte Führerposition des Akademikers wird verlangt im zahlenmäßig am stärksten vertretenen Gesellschaftsbild der „geistigen Elite". Bildungshumanistischer Bodensatz scheint hier durch, wenn der Akademiker als durch Geist und Charakter ausgezeichnet ohne weiteres zur Elite wird. „Der akademische Manager dieses Typs übersetzt gleichsam den Bildungshumanismus ins Ressort des Technikers der Macht, behält vom einen das gute Gewissen und schreibt sich vom anderen den klaren Blick fürs ‚Realpolitische' zu".[4])

Hier zieht sich nicht die Elite vornehm vom Betrieb zurück, im Gegenteil, es ist nur folgerichtig, wenn sie ihre Rechte wahrnimmt, sich an die Spitze der Gesellschaft stellt und Demokratie auf recht autoritäre Weise praktiziert. Dies um so legitimer, als auf der anderen Seite eine ungebildete Masse steht, die Führung direkt zur Notwendigkeit macht. Eine Reflexion über die gesellschaftliche Spaltung in Führer und Geführte erübrigt sich für diesen Typ, scheint sie ihm doch als eine naturgegebene, wenn nicht sogar naturnotwendige Tatsache. Hinzu kommt ein schwacher Abglanz der bürgerlichen Ideologie, daß nämlich auch eigene Leistung mit im Spiel sei. Etwa doch auftretender Protest der „unten" Stehenden wird abgetan mit dem Hinweis auf den schon vom Modell der sozialen Gleichheit her bekannten „Minderwertigkeitskomplex" der Massen, wirkt also eigentlich nur ruhestörend in der hergestellten Ordnung. Der Schluß liegt nahe, daß eine so fraglos bejahte Ordnung von dieser Gruppe am uneingeschränktesten verteidigt werden würde, sollte sie je in Gefahr kommen, ihre als legitim angemaßte Herrschaft zu verlieren.

Alle diese Typen haben ein wie immer auch bildungshumanistisch geprägtes Gesellschaftsbild. Im Unterschied hierzu

[3]) a. a. O. S. 351
[4]) a. a. O. S. 352

steht eine Gruppe von Studenten, die ein Viertel der gesamten Stichprobe umfaßt. Ihr Bewußtsein wird in der Studie als „realistisches" bezeichnet. Man könnte dieses Bewußtsein als für den konstatierten Ideologiezerfall typisch herausstellen. Gesellschaft erscheint als Anhäufung unzusammenhängender Tatsachen, die allerdings durchweg gut gewußt werden. Jedoch schiebt sich die vorgeblich sachliche Information vor die eigene Meinung, wenn sie nicht sogar die Stellungnahme ganz erspart. Die Gesellschaft wird keineswegs explizit als gut bezeichnet, aber indem sie sich auflöst in Details, über die ebenso richtig wie neutral Bericht erstattet wird, ist ihr Bestand schon hinterrücks garantiert. Ein wenn auch vages Gesellschaftsbild ergibt sich allenfalls bei einer Untergruppe der „Realisten", und zwar ist für diesen Typ Gesellschaft eine im ganzen nivellierte, in der die starren Klassenunterschiede fließend geworden sind und sich eigentlich auf eine interindividuelle Ebene verlagert haben. Kann sich in dieser Gesellschaft jeder einzelne nach Maßgabe seiner individuellen Fähigkeiten und Leistungen durchsetzen, so gilt das liberale Muster gleichermaßen für den Akademiker, der sich nicht mehr aufs ständische Privileg berufen darf, sondern seine Position, immer unter der Fiktion der Chancengleichheit, aus eigener Kraft erringt und dadurch keinesfalls berechtigt ist, besondere soziale Vorrechte zu beziehen.

Setzt man diese Gesellschaftbilder bzw. die Tatsache ihres Fehlens nun mit politischer Tendenz und politischem Habitus in Beziehung, so schrumpft der Bereich, aus dem heraus demokratisches Handeln möglich wäre, radikal zusammen. Es zeigt sich, daß nur von Befragten mit dem Gesellschaftsbild der sozialen Gleichheit eine zuverlässige demokratische Einstellung zu erwarten ist, während besonders das Modell der geistigen Elite, aber auch das vom absteigenden akademischen Mittelstand, autoritären Tendenzen zuneigt. Die überwiegende Mehrzahl der interviewten Studenten – und hier ist darauf hinzuweisen, daß es sich um eine repräsentative Auswahl handelt – ist politisch unprofiliert, steht zur Demokratie nur in einem formalen Verhältnis. Stellt man in Rechnung, daß die Gruppe derer, in deren Gesellschaftsbild demokratische Einstellung überhaupt einen verpflichtenden Platz einnimmt, nur 9% ausmacht (gegenüber 16% des autoritären Typs) so erscheint die Gefahr um so größer, daß diese Minderheit von der Masse derer unterdrückt werden könnte, die politisch indifferent sind und damit zumindest tendenziell leichter autoritärem Druck nachgeben. Ihre politische Gleichgültigkeit, und ihr Pragmatismus, die sie den jetzigen Zustand unbesehen hinnehmen lassen, legen den Schluß nahe, daß sie auch einem anderen, undemokratischen System keinen ernstgemeinten Widerstand entgegensetzen würden.

„neue kritik" zeitschrift sozialistischer studenten — herausgegeben vom sozialistischen deutschen studentenbund — verantwortlich: jürgen seifert, frankfurt am main, bockenheimer landstr. 135 — druck: union-druckerei frankfurt am main